

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Lieferung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post monatlich
8.25 Mk., vierteljährlich 24.75 Mk.
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsergebnis unter
Einschl. Zeitung eingetragene. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Einzelheftung ge-
steuert. Ferner der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Zooleitung

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum bei 10 Pf.
Familienangelegenheiten 40 Pf. Restanten
die 22 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unsere Geschäftsstellen u. sämtlich
Anzeigenvermittler. Erfüllungsort
Halle. Geschäftszeiten: Montag
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Dom-
straße 1a, Gr. Schwanenstraße, 17.
Telefon: Geschäftsstellen: Halle
Wendestraße 29 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 223 14

Nr. 359.

Halle, Donnerstag, den 4. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Finanzreform oder Währungsreform?

Der Kanzler hat in seiner letzten Reichstagsrede vor Beginn der Ferien die grundsätzliche Richtlinie der Arbeiten des Reichskabinetts gegenüber dem Erlösungsprogramm geteilt: erst Finanzreform — später Währungsreform. Zu einer beratigen Programmierung kann man nur kommen, wenn man glaubt, durch die Finanzreform eine Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts und damit eine innere Stabilisierung des Marktwertes erzielen zu können. Wie sieht es aber damit aus? Der Kanzler ermahnte selbst einschließliche der Reparationsleistungen und der für das laufende Rechnungsjahr noch bestehenden Ausgaben des außerordentlichen Haushalts eine Ausgabenbeschränkung von etwa 140 Milliarden Papiermark, der durch eine neue Finanzreform eine Gesamteinnahme von 80 Milliarden Papiermark hofft entgegenstellen zu können. Bleibt also ein Defizit von 60 bis 70 Milliarden Papiermark, das zum geringen Teil vielleicht eingepart, zum größten Teil aber durch Notendruckausgaben gedeckt werden muß. Notendruck aber gleich weitere Geldentwertung, gleich allgemeine Preissteigerung, gleich Steigerung der Papiermarkbewertung der dauernden Erfordernisse des öffentlichen Haushalts und des Staats der Kontributionen, gleich Aufhebung des finanziellen Erfolges der Steuererhöhungen, gleich Steigerung der Disharmonie zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts. Erkennt man diese zwangsläufigen Folgen, so sieht man auch gleichzeitig, daß eine günstigere finanzielle Situation zur Bewältigung der Währungsreform nicht geschaffen werden kann, sofern man nicht etwa glaubt, dauernde Steuererhöhungen von über 120 Milliarden Papiermark erreichen zu können, was uns völlig unmöglich erscheint. Im Gegenteil besteht nur gegenüber dem heutigen Zustand die Gefahr einer noch stärkeren Verschärfung aller hier eingetragenen Verhältnisse in unangünstiger Richtung.

Es ist daher energisch mit allem Nachdruck zu fordern, daß Hand in Hand mit den notwendigen Finanzreformen betriebsmäßige Arbeiten die Probleme der Währungsreform angegriffen werden.

Dabei ist sofort zu betonen, daß hier ein Zurückgreifen auf die Arbeiten der Brüsseler internationalen Finanzkonferenz von 1920 geboten erscheint. So wenig die damaligen Arbeiten auf zu positiven Ergebnissen führten — wir wollen nicht vergessen, daß die große, damals noch nach seiner Richtung hin abzuwickelnde Unbekannte, die Reparationsverpflichtung, die die Entente Deutschland auferlegt hat, die praktische Auswirkung der Beratungen verheerend. Jetzt steht aber diese Unbekannte fest und uns erscheint es als ein unbedingt Erforderliches, jetzt erneut die internationalen Finanzkonferenzen zu gemeinsamer Beratung zu vereinen.

Es ist selbstverständlich sehr schwierig, hierfür heute bestimmte Richtlinien aufstellen zu wollen. So beachtlich leizentlich in Brüssel auf die Vorschläge des Niederländers Stellung waren — sie ließen doch das ganze Grundproblem der Goldwährung, die Frage der Goldschmelze, der Liquidität der Welt, ihrer Einlösbarkeit gegen Gold mehr oder weniger offen. Man weiß doch heute feinerwegs, in welcher Richtung die finanziellen Wirrnisse einer Klärung entgegenzuführen sind, ob eine grundsätzliche Neuorientierung der Finanzpolitik gegenüber den heute noch immer aufrechterhaltenen Theorien der Goldwährung in Frage kommt. Doch wie dem auch sei. Für uns von ausschlaggebender Bedeutung ist die Tatsache, daß ohne Währungsreform jede Finanzreform unmöglich ist, und daß jede Währungsreform nur ein Werk internationaler Verständigung sein kann.

Es ist uns bekannt, daß von den verschiedensten finanzpolitisch interessierten Kreisen aus neues Material für die Regierung zur Beurteilung dieser Fragen vorbereitet wird. In diesem Zusammenhang dürfte es besonders zweckmäßig sein, auch die öffentliche Diskussion auf diese Probleme zu lenken.

Die Krise in der internationalen Politik der Alliierten.

Die Times sind in ihrem Beiratsrat der bevorstehenden Pariser Konferenz ungewöhnliche Bedeutung bei. Das Blatt schreibt, die Zeit für sehr ernste Überlegungen der internationalen Politik der Alliierten sei gekommen. Aber heute reute alles darauf hin, daß die alliierten Regierungen im gegenwärtigen Augenblick nicht bereit seien, eine grundsätzliche Orientierung vorzunehmen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Konferenz nur zusammenfassende Ergebnisse erzielen werde, und daß die dringenden Schwierigkeiten der Fragen in Ausschüssen verhandelt würden.

Zu anderer Stelle erklärt das Blatt, die Berichte aus Oberösterreich über lebhafte Unruhen, wobei ein französischer Soldat verunndet worden sei, seien ein Zeichen der in Oberösterreich bestehenden Gefahr und ein Zeichen dafür, daß die augenblickliche Ruhe nur scheinbar ist.

Englische Pressestimmen.

Manchester Guardian berichtet, auf Seiten der französischen Sachverständigen mache sich das Bestreben bemerkbar, in Oberösterreich nicht nur die polnischen, sondern auch die deutschen Interessen zu berücksichtigen. Paris scheint bereit, die Berechtigung

dessen anzuerkennen, was London schon vor vielen Wochen vorge schlagen habe, nämlich daß die unanfechtbar deutschen Gebiete sofort Deutschland und die unbestreitbar polnischen Bezirke Polen zugewiesen werden sollen. Die britische Regierung werde zweifellos darauf dringen, daß das gesamte oberösterreichische Problem in der nächsten Woche geregelt wird.

Auf der bevorstehenden Pariser Konferenz, so schreibt Paul Mallard und Co., müsse hinter den Vorhang kommen klar gemacht werden, daß, wenn sich Frankreich mit dem polnischen Chauvinismus und der Politik der Rachelei gegen Deutschland identifizieren wolle, Frankreich das Risiko auf seine eigenen Schultern nehmen müsse, daß ihm aber nicht gestattet würde, England irgendetwas in ein solches Abenteuer mit hineinzuziehen.

Evening Standard schreibt, eine schnelle Regelung der oberösterreichischen Frage liegt in jeder Hinsicht wichtig. England wolle Frankreich nicht beherzigen, wolle aber auch nicht von Frankreich nicht beherzigt werden. England wolle zu einer gerechten, gesunden und dauernden Lösung der Frage im Geiste des Berliner Vertrages gelangen.

Westminster Gazette schreibt: Es sei jedoch wesentlich, daß der Oberste Rat nicht auseinander gehe, ohne die Frage endgültig entschieden zu haben. Der Konflikt in Oberösterreich bedrohe den Frieden Europas jetzt und in Zukunft. Der Willensausdruck der sich lösenden Bevölkerung müsse von den Alliierten angenommen werden.

Frankenrische Pressestimmen.

Journal des Debats sagt: Frankreich könne um seinen Preis die Lösung der Maritim und Betsels annehmen, die höchst unnützlich in gewisser Weise Deutschland für alle Wanderer (!) entzündig würde. Wenn man beiderseits unangenehm bleibe, könne kein Abkommen geschlossen werden. Dann sei man genötigt, zu dem diktatorischen Vorschlag der britischen und italienischen Delegierten zu greifen, d. h. sofort den Polen und den Deutschen die nichtunabhängigen Gebiete zu übermitteln, und während mehrerer Jahre das Industriegebiet unter der Verwaltung der internationalen Kommission und unter dem Schutze eines Wächters zu belassen. Das sei von allen Seiten die schärfste. Schließlich tritt Journal des Debats für eine vorübergehende Lösung ein, d. h. für eine Teilung des Industriegebietes, als deren Grundlage man den Vorschlag des Grafen Stolpa nehmen könne, allerdings indem man ihn zugunsten Polens verbesere.

Ein englischer Sachverständigen-Bericht.

Wie das Pariser Journal aus London berichtet, teilt Exchange Telegraph mit, die englische Kommission, die jetzt die Kreise Vichy und Rhenit bereist, um über die Stimmung der Bevölkerung aufzuklären, solle einen Bericht erstatten, den Lord Lloyd George dem Obersten Rate vorzulegen beabsichtige.

Eine Londoner Kabinettsitzung.

Daily Chronicle berichtet: Am Sonnabend findet eine Sitzung des Kabinetts statt, um über die Haltung Großbritanniens, die auf der Konferenz des Obersten Rates zur Verhandlung kommt, zu beschließen. Lloyd George und Curzon fahren am Montag morgen nach Paris ab. Wie der diplomatische Vertreter der Daily Chronicle meldet, finden wahrscheinlich am Montag die oberösterreichischen wichtigen Erörterungen der Alliierten und der Finanzvertreter statt, die mit der Konferenz des Obersten Rates zusammenhängen, betreffend die Frage der deutschen Reparationen und andere Fragen. Auf britischer Seite nehmen Robert Horne und mehrere Vertreter des britischen Stabes teil.

Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt: Zwischen den hauptsächlich beteiligten Mächten findet augenblicklich ein lebhafter

Gedankenaustausch über das Programm

der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates statt. England hoffe, daß die Konferenz nicht lange währen möchte. Es möchte einen baldigen Abschluß dadurch ermöglichen, daß die Beratungen auf die Fragen beschränkt werden, die unbedingt ohne weitere Verzögerung gelöst werden müssen. Unter diesen Fragen befindet sich die Oberösterreichische, die Frage der Sanktionen am Rhein, der Kriegsschuldigen und die Frage bezüglich der Bezahlung der deutschen Verpflichtungen. Was Oberösterreich anbetrefflich, so scheint trotz der elastischen Ansichten der italienischen Sachverständigen bisher wenig Aussicht zu bestehen, daß der Ausschluß der Reduktion und Sachverständigen zu einer Einigung gelangen. Die Bestimmungen über die Frage, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sein werde, eine konkrete Lösung der Grenzfrage zu finden, und sich mit Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung werde begnügen müssen, wozu die Entsendung von alliierten Verstärkungen nach Oberösterreich gehören könne oder auch nicht. Daily Telegraph zufolge ist man jedoch in britischen Kreisen entschlossen, daß die oberösterreichische Frage endgültig geregelt werden soll. Die gleiche Ansicht herrscht bezüglich der Sanktionen am Rhein. Die Engländer sind der Meinung, daß eine neue Garantiekommision, der einige Alliierte die Frage der Sanktionen überweisen wolle, nicht feige sein kann, Maßnahmen von großer militärischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit, die ursprünglich vom Obersten Rate getroffen wurden, aufzugeben. In einigen Kreisen besteht laut Telegraph bereits Neigung zu einem Vergleich in der Frage der Sanktionen, indem die Bezahlung der Rückfrage aufreht erhalten, dagegen die künftige Zollgrenze aufgehoben werde, bzw. daß Frankreich und vielleicht auch Belgien wünschenswert, die Kriegsschuldigen selbst abzuurteilen.

Die oberösterreichische Frage

wurde heute vormittag im Oberpräsidium in Besesson von dem preussischen Minister Domitz mit Vertretung aller Parteien und der Presse eingehend erörtert. Alle innen- und außenpolitischen Seiten der oberösterreichischen Frage wurden ausführlich besprochen, wobei die gegenwärtigen Auffassungen ausgedrückt und begründet wurden. Als Ergebnis teilte der Minister am Schluß den einmütigen Wunsch der Beiratsmitglieder mit, daß nach den Erklärungen der Parteien und der Pressevertreter für die bestehenden Verhältnisse vor dem Georte der Einigkeit in dieser deutschen Lebensfrage zurückzutreten haben.

Der polnische Kreisleiter von Tarnowitz, Dr. Hulla, der in Tarnowitz während des Aufstandes eine Hauptrolle spielte, hat unter Androhung scharfer Gewaltmittel die Kaufleute im Kreise gezwungen, Summen von mehreren tausend Mark bei der Spar- und Darlehenskasse zur Auszahlung von Witwenpensonen zu hinterlegen.

Aus den Landgemeinden des Kreises Besesson wird waschseiner polnische Terror gemeldet. Die polnischen Banden bedrohen die Ansätze der Eisenbahnstationen und nötigen sie zur Flucht. Im Kreise Lublin mehren sich die Zeichen neuer Unruhen in bedrohlicher Weise. Die Flüchtlingslagerstellen werden stärker in Anspruch genommen. Köstliche bewaffnete Banden zeigen sich häufig in den Dörfern; der Terror zieht stärker ein. Zweifellos versuchen hier die Polen mit ihrem Vorgehen, die Deutschen herauszufordern, um einen Grund zum Anschlagen zu haben.

Internationale Schiffsahrtfragen.

Der Schiedsrichter für die in den Friedensverträgen erwähnten internationalen Fragen der Schiffsahrt, Walter E. Finas, hat die Entschcheidung in der Frage der Donau-Lizenz, die ihm auf Grund der Bestimmungen der Friedensverträge mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien vorgelegt wurden, bekenntgegeben. Eine der am meisten umstrittenen Fragen war die, zu wissen, ob die gegen Ende des Krieges von Serbien, Rumänien und Frankreich vorgenommene Beschlagnahme von 600 000 Tonnen Stehraum und anderen Schiffschiffen gültig ist. Fast alle Schiffe wurden von der österreichisch-ungarischen Regierung für militärische Zwecke benutzt. Der Schiedsrichter ist der Ansicht, daß sie nicht als Privateigentum betrachtet und nicht von der Beschlagnahme auf Grund der Bestimmungen des internationalen Rechtes befreit werden könne, die nur Privatgegenstände vorbehalten. Infolgedessen besteht der Schiedsrichter auf der Gültigkeit der Beschlagnahme und gewährt Serbien, Rumänien und Frankreich das Eigentumsrecht an den fraglichen Schiffen. Einige Schiffe, die von Privateigentümern benutzt werden, werden diesen zurückgegeben. Der Schiedsrichter ist der Ansicht, daß der Bedarf Südländern und Rumänien vollkommen durch die gegenwärtig in ihrer Besitz befindlichen Flotte und durch die neue Beschlagnahme deren Gültigkeit er bestätigt hat, gedeckt ist. Er ist der Ansicht, daß Österreich einigen Ländern Personendampfer abgeben und daß Deutschland Österreich-Ungarn und außer dem der Fischschiffen in einem bestimmten Verhältnis 70 000 Tonnen Rahrtaum und 4450 Schlepper für den Warenverkehr betreten soll. Finas führt in Wien am 27. August den Vorsitz in einer Sitzung, worin die den Privat-eigentümern von dem Empfängerstaaten zu gebenden Entschädigungen gemäß dem Friedensverträge mit Österreich, Ungarn festgesetzt werden.

Deutsche Hilfe für Russland.

Nach dem Vorwärts stellen heute Vertreter der Behörden, der medizinischen Wissenschaft, der politischen Parteien, des Großhandels und der Großindustrie Beschlüssen mit dem Zentralkomitee des Roten Kreuzes über das Hilfsnetz für das durch Hunger und Seuchen schwer bedrohte Ausland ab. Alle Redner betonten die Notwendigkeit der Hilfe. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Geheimrat Baum erklärte, vom gesundheitslichen Standpunkt aus müsse die Cholera bekämpfung in energiereichster Weise in Angriff genommen werden. Auch die Gefahr der Verschleppung von Flecktyphus und anderen Krankheiten dürfe man nicht aus dem Auge verlieren. Wenn wir auch nicht an der Bekämpfung der Hungersnot teilnehmen können, so können wir doch unsere medizinische Wissenschaft und unsere hochentwickelte pharmazeutische Industrie in den Dienst der Cholera bekämpfung auf russischem Boden stellen. Es wurde beschlossen, vorläufig nur ein Sanitätskontingent mit fünf Ärzten und 20 Hilfspersonalen nach Russland zu entsenden, um erst zu prüfen, ob die russischen Verhältnisse und die Haltung der russischen Regierung eine ungehinderte, nützliche Tätigkeit erlauben lassen. Da aber die Cholera bereits bei Warschau vorgebrungen ist und sogar Danzig als seuchenverdächtig angesehen wird, wird eine Unternehmung in größerem Stille als notwendig angesehen.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Freistaat Preußen und dem Hause Hohenzollern ist noch nicht abgeschlossen. Inzwischen werden nach Doorn Vorarbeiten aus dem Privatgut des früheren Königs übermitteln. Einer Auffassung, die Kurt Seelig, der als Beamter des preussischen Finanzministeriums an der Liquidation des Grundbesitzes mitgearbeitet hat, gibt ist zu entnehmen, daß

